

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 71. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 15. Mai 2014

1. Abgeordnete

**Astrid Schmitt,
Hans Jürgen Noss und
Michael Hüttner (SPD)**

Rheinland-Pfalz-Takt 2015

Medienberichten zufolge gibt es im Bereich des Rheinland-Pfalz-Taktes 2015 zahlreiche Verbesserungen für die Nutzerinnen und Nutzer, die auf den bereits erfolgten Ausbaumaßnahmen aufbauen können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Verbesserungen gibt es im Rheinland-Pfalz-Takt 2015 für die Nutzerinnen und Nutzer des SPNV?
2. Welche Auswirkungen hat die verbesserte Angebotsstruktur auf das Mobilitätsverhalten der rheinland-pfälzischen Bevölkerung?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu vergleichbaren Entwicklungen im Bereich SPNV/ÖPNV in anderen Bundesländern?

2. Abgeordnete

**Hedi Thelen und
Dr. Peter Enders (CDU)**

Anruf des Sozialministers beim Geschäftsführer des Pfalzkrankenhauses wegen der Bewerbung eines Familienangehörigen und Parteifreundes des Ministers

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Zielsetzung hat Minister Schweitzer mit dem Anruf beim Geschäftsführer des Pfalzkrankenhauses in Klingenmünster verfolgt, wenn es sich nicht um Einflussnahme auf das Bewerbungsverfahren vor dem Hintergrund der Bewerbung eines Familienangehörigen und Parteifreundes des Ministers handeln sollte?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Vereinbarkeit des Vorgehens des Ministers mit seiner Aufsichtsfunktion über das Pfalzkrankenhaus?
3. In welcher Beziehung steht der Anruf des Sozialministers zur Aussage auf der Homepage des Ministeriums, zu „wollen, dass allen Menschen die Zugänge zu Leben und Arbeiten ... offen stehen“ und „dort für individuelle Unterstützung“ zu „sorgen, wo sie gebraucht wird.“?
4. In welchem Zusammenhang steht der Anruf des Sozialministers zu aktuellen Fragen um die Finanzierung des Pfalzkrankenhauses?

3. Abgeordnete

**Dietmar Johnen und
Andreas Hartenfels**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hormonfleisch und Chlorhühnchen? – TTIP-Verhandlungen im Ernährungsbereich

Anlässlich der fünften offiziellen Verhandlungsrunde zum bilateralen Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) vom 19. bis 23. Mai 2014 in Washington D. C. fragen wir die Landesregierung:

1. Welche möglichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Ernährungswirtschaft und den Umweltschutz sieht die Landesregierung durch TTIP?
2. In welchen Bereichen befürchtet die Landesregierung Wettbewerbsnachteile für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft durch die unterschiedlichen Produktions- und Umweltstandards, wie z. B. bei den Chlorhühnchen?
3. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Bundesumweltministerin, wonach eine Investitionsschutzklausel und damit verbundene Schiedsgerichte als Teil des TTIP 50 Jahre Umweltbewegung mit einem Federstrich zerstören würde?
4. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Bundesregierung, wonach es durch die im Abkommen geplanten Regelungen zur regulatorischen Kooperation zukünftig zu einem Roll-Back und einem Stillstand bei Umwelt- und Agrargesetzgebung kommen kann?

4. Abgeordnete

**Bernhard Henter und
Gerd Schreiner (CDU)**

Zickzackkurs der Landesregierung bei der Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz

Mit der Verabschiedung des Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung im Jahr 2011 haben die Koalitionsfraktionen von Rot/Grün gegen die Stimmen der CDU beschlossen, die Erhöhung der Beamtenbesoldung für fünf Jahre drastisch einzuschränken und auf lange Sicht zu deckeln.

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2012 wurde festgelegt, dass die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten für die Jahre 2012 bis einschließlich 2016 jährlich lediglich eine prozentuale Erhöhung von 1 v. H. erhalten. Diesen Weg hat die Landesregierung eingeschlagen, obwohl erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen und vor diesem Hintergrund Klagen von Beamten zu erwarten waren. Außerdem ist es nicht vertretbar, eine Berufsgruppe von der allgemeinen Lohnentwicklung abzukoppeln.

Im Gegensatz hierzu schlossen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im Jahr 2013 mit einer Erhöhung von 2,65 Prozent (rückwirkend ab Januar 2013), sowie einer weiteren Steigerung ab Januar 2014 mit 2,95 Prozent ab.

Jüngsten Pressemitteilungen zufolge kann sich die Landesregierung offenbar doch vorstellen, von ihrem Beschluss, den die CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz nicht mitgetragen hat, nämlich der Deckelung der Anpassungen der Beamtenbesoldung und Versorgungsbezüge auf jährlich plus ein Prozent, ein Jahr vor der Landtagswahl aufzuheben. Dies gelte jedoch nur unter der Voraussetzung einer weiterhin positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und mit Blick auf anstehende Tarifabschlüsse ab dem Jahr 2015.

Vor dem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen konkreten Gründen erfolgt die Ankündigung, die Aufhebung der derzeitigen Deckelung der Beamtenbesoldung auf ein Prozent jährlich zum jetzigen Zeitpunkt zu korrigieren (bitte konkrete Begründung)?
2. In welcher konkreten Höhe ist seitens der Landesregierung die jetzt beabsichtigte Anpassung der Beamtenbesoldungen vorgesehen?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, die angekündigte Anpassung der Beamtenbesoldung ab 2015 in ihrer Höhe den Tarifabschlüssen anzugleichen? Wenn nein, warum nicht (bitte detaillierte Begründung)?
4. In welcher Höhe beabsichtigt die Landesregierung, die durch die verfügte Deckelung der Besoldungsanpassung der vergangenen Jahre eingetretenen Einkommensverluste der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamte finanziell auszugleichen?

5. Abgeordnete**Astrid Schmitt und
Michael Hüttner (SPD)****Güterverkehrslogistik**

Für die kommenden Jahre gibt es im Bereich der Güterverkehrslogistik eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung der Effizienz und der Nachhaltigkeit der verschiedenen Verkehrsträger.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über bestehende oder angedachte Initiativen zur Verbesserung der Effizienz und der Nachhaltigkeit des Güterverkehrs auf den verschiedenen politischen Ebenen?
2. Welche Maßnahmen stehen zur Stärkung der Binnenschifffahrt in Rheinland-Pfalz an?
3. Was unternimmt die Landesregierung in dieser Hinsicht und in Bezug auf die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung?
4. Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der Landesregierung durch eine Stärkung der Binnenschifffahrt, um die Belastung durch den Schienengüterverkehr insbesondere im Mittelrheintal zu vermindern?

6. Abgeordneter**Michael Billen (CDU)****Nationalpark: Fachaufsicht und Ranger**

Ich frage die Landesregierung:

1. Gemäß § 18 des Entwurfs des Staatsvertrages zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland über die Errichtung und Unterhaltung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald ist zuständige Mittelbehörde die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord. Wie kommt es, dass man die Fachaufsicht über den Nationalpark nicht, wie vorab zugesagt, bei Landesforsten belässt?
2. Welche Kosten müssen für die Ausbildung eines einzelnen Forstwirts zum Park-Ranger aufgewendet werden?
3. Welche zusätzlichen Aufgaben muss der Park-Ranger – im Gegensatz zur vorherigen Tätigkeit als Forstwirt – wahrnehmen?
4. Es ist vorgesehen, dass 53 Personen (äquivalent) aus dem Titel Landesforsten in den Titel Nationalpark umgesetzt werden sollen. Wie hoch werden die zusätzlichen Kosten am Ende, nach Vollzug, im Jahre 2018 sein?

7. Abgeordnete**Daniel Köbler,
Jutta Blatzheim-Roegler,
Gunther Heinisch und
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Ausbau A 643**

Der Mainzer Stadtrat hat sich am 7. Mai 2014 beim geplanten Ausbau der A 643 auf rheinland-pfälzischem Gebiet mehrheitlich der Positionierung der Landesregierung zur Neuaufstellung des kommenden Bundesverkehrswegeplans 2015 angeschlossen und eine sogenannte 4+2-Variante statt einer sechsspurigen Fahrbahn gefordert. Das Bundesverkehrsministerium beharrt hingegen auf einer sechsspurigen Variante und hat hierzu der Landesregierung Rheinland-Pfalz eine Weisung zur weiteren Planung dieser umstrittenen Maßnahme erteilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Weisung zur Planung einer sechsspurigen Ausbauvariante hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und des Realisierungszeitraums?
2. Welche Aktivitäten hat die Landesregierung gegenüber dem Bundesverkehrsministerium unternommen, den vom Land Rheinland-Pfalz und der Stadt Mainz getragenen 4+2-Kompromiss zur Umsetzung zu bringen?
3. Was sind die nächsten (zeitlichen) Schritte hinsichtlich der weiteren Planung des Ausbaus der A 643 auf rheinland-pfälzischem Gebiet?

8. Abgeordnete
Peter Wilhelm Drösch
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)

Sozialer Arbeitsmarkt

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über bestehende oder angedachte Initiativen zur Schaffung eines sogenannten „Sozialen Arbeitsmarktes“?
2. Welche Anforderungen muss nach Ansicht der Landesregierung eine Initiative zum „Sozialen Arbeitsmarkt“ erfüllen?
3. Was unternimmt die Landesregierung in dieser Hinsicht und in Bezug auf die Unterstützung der Zielgruppe eines „Sozialen Arbeitsmarktes“ derzeit schon?

9. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Adolf Kessel (CDU)

Steigende Gewalt gegen Polizisten

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Gewaltbereitschaft gegen Polizisten in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Ursachen gestiegener Gewaltbereitschaft gegen Polizisten?
3. Teilt die Landesregierung die Befürchtung, dass angesichts dieser Entwicklung mit einer neuen Polizeibeschwerdestelle das Misstrauen gegen die Arbeit der Polizei gefördert wird?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der gewachsenen Gewaltbereitschaft gegen Polizisten?

10. Abgeordnete
Adolf Kessel und
Simone Huth-Haage
(CDU)

Entwicklung der Asylanträge in Rheinland-Pfalz

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind die Zahlen der Asylanträge in den ersten drei Monaten 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 75 Prozent angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Asylanträge in Rheinland-Pfalz in den ersten Monaten des Jahres 2014 im Vergleich zu 2013 entwickelt?
2. Inwieweit werden die Mittel für den Bereich Asyl und Flüchtlinge des rheinland-pfälzischen Landeshaushalts für 2014 unter der Voraussetzung einer Steigerung der Fallzahlen von rund 75 Prozent ausreichen?
3. Wie gestaltet sich der Mittelabfluss der Titelgruppen 73 und 76 in 07 82?
4. Plant die Landesregierung einen veränderten Zuweisungsschlüssel von Asylsuchenden auf die Kommunen, um dem angespannten Wohnungsmarkt in einigen Regionen des Landes und den damit verbundenen Problemen, würdige Asylunterkünfte zu finden, Rechnung zu tragen?

11. Abgeordnete
Petra Elsner und
Ruth Leppa (SPD)

Frauen und Männer arbeiten weiterhin in geschlechterspezifischen Berufen

Laut einer Studie ist die geschlechterspezifische Berufswahl nach wie vor ausgeprägt. So arbeiten Frauen weiterhin in typischen Frauenberufen, wie Arzthelferin oder Erzieherin und Männer vorwiegend in Männerberufen, wie Tischler oder Automechaniker. Bewegung gibt es hauptsächlich im Bereich der höher qualifizierten Jobs. So stieg der Frauenanteil in mittelqualifizierten Berufen um sieben Prozentpunkte, in höher qualifizierten Berufen immerhin um neun Prozentpunkte und in akademischen Berufen um erfreuliche 16 Prozentpunkte an. Dagegen ging der Frauenanteil in den niedriger qualifizierten Berufen etwas zurück. Männer arbeiten hingegen sogar fast zu zwei Drittel in männerdominierten Berufen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung bereits unternommen und sind in Planung, um den in der Studie beschriebenen Gegebenheiten entgegenzuwirken?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Gründe für die offensichtliche Unattraktivität von typischen Frauenberufen für Männer ein?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit ein, dass die Arbeitsagenturen dazu beitragen können, die geschlechterspezifische Berufswahl aufzubrechen?

12. Abgeordneter**Ulrich Steinbach**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Ergebnisse der Finanzministerkonferenz zum Umgang mit Selbstanzeigen**

Die Jahreskonferenz der Finanzminister hat am 9. Mai 2014 neue Regelungen im Umgang mit Selbstanzeigen (gemäß § 371 Abgabenordnung [AO]) von Steuerbetrügereien beschlossen. Diese betreffen laut Medienberichten eine längere Verjährungsfrist, eine niedrigere Grenze des Hinterziehungsbetrages sowie einen erhöhten und ansteigenden Strafzuschlag.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was sind die wesentlichen Änderungen, die auf der Finanzministerkonferenz im Mai 2014 beschlossen wurden?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Änderungen?
3. Welche Auswirkungen haben diese Änderungen mutmaßlich auf das Land Rheinland-Pfalz?
4. Wie hat sich die Zahl der Selbstanzeigen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 bis dato entwickelt?

13. Abgeordnete**Bettina Dickes und**
Wolfgang Reichel (CDU)**Besetzung von Schulleiterstellen**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schulleiterstellen wurden in den vergangenen fünf Jahren, trotz vorhandener Bewerber, erneut ausgeschrieben?
2. Bei wie vielen Stellenbesetzungen in Schulleitungen klagten Bewerber gegen das Besetzungsverfahren?
3. In wie vielen Fällen erhielten die klagenden Bewerber auf eine Stelle in der Schulleitung Recht?
4. Inwieweit ist es üblich, dass dienstliche Beurteilungen, die für Bewerbungsverfahren von Belang sind, mehrere Wochen nach einer dienstlichen Überprüfung erst erstellt werden?

14. Abgeordnete**Barbara Schleicher-**
Rothmund (SPD)**Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte**

Vor nunmehr rund 20 Jahren wurden in Rheinland-Pfalz die Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Unter bestimmten Voraussetzungen können qualifizierte Berufstätige ohne Allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife ein Studium an einer rheinland-pfälzischen Hochschule aufnehmen.

Angesichts der vor wenigen Wochen veröffentlichten Ergebnisse des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zur Entwicklung der Zahlen von Studienanfängerinnen und -anfängern ohne Abitur frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der CHE-Studie „Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung“ die Entwicklung im Land?
2. Welche Überlegungen hat die Landesregierung hinsichtlich der möglichen Weiterentwicklung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte?
3. Wo sieht die Landesregierung weiteren Handlungsbedarf im Hinblick auf die Erleichterung des Zugangs zu einem Studium für beruflich Qualifizierte?

15. Abgeordnete**Bettina Brück und**
Michael Hüttner (SPD)**Schulsport in Rheinland-Pfalz**

Sport nimmt unter den schulischen Angeboten eine besondere Stellung ein. Er dient nicht nur der Förderung der Gesundheit der Schülerinnen und Schüler, sondern spielt auch bei der Vermittlung sozialer Kompetenzen eine große Rolle.

Zur Förderung des Sports sind alle staatlichen Ebenen aufgerufen. Zurzeit findet auf Bundesebene eine Diskussion statt über die Kürzung der Mittel des Bundes für „Jugend trainiert für Olympia“ sowie „Jugend trainiert für ‚Paralympics‘“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche unterrichtsergänzenden Angebote gibt es, um sportbegeisterte bzw. talentierte Schülerinnen und Schüler zu fördern?
2. Welche sportbezogenen Profile gibt es für die Schulen, um diesem Fach einen besonderen Stellenwert einzuräumen?
3. Welche Aktivitäten gibt es landesweit zur Unterstützung olympischer und paralympischer Aktivitäten?

16. Abgeordnete
Dieter Klöckner,
Hannelore Klamm und
Monika Fink (SPD)

Partnerschaften des Landes und in Rheinland-Pfalz

Vor dem Hintergrund des Gedenktages des 8. Mai 1945 und der Erinnerung an das Kriegsende in Europa vor 69 Jahren wird die Bedeutung der Partnerschaften als Beitrag zur Völkerverständigung besonders deutlich. Die sich in diesem Jahr jährenden demokratischen Umbrüche und Revolutionen in Osteuropa vor 25 Jahren mit der Folge der Wiederherstellung der europäischen Einheit und der Erweiterung der EU haben weitere Partnerschaften von Rheinland-Pfalz und der Bürgerinnen und Bürger im Land entstehen lassen. Zudem jährte sich am 7. April 1994 der Genozid in Ruanda, zu dessen Gedenken eine Delegation aus Rheinland-Pfalz unter Leitung des Innenministers Anfang April teilnahm. Seit 1982 pflegt das Land eine intensive und vielbeachtete Graswurzelpartnerschaft mit dem Partnerland Ruanda.

In Rheinland-Pfalz sind viele Bürgerinnen und Bürger aktiv im Rahmen von Partnerschaften mit Menschen aus anderen Regionen der Europäischen Union und der Welt engagiert. Auch das Land pflegt und unterstützt eine Vielzahl von Partnerschaften und partnerschaftlichen Kontakten. Hierzu gehören das Vierernetzwerk der Regionalpartner Rheinland-Pfalz, Burgund, Opoln und Mittelböhmen, aber auch weitere Partnerschaften mit anderen Regionen und Ländern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Partnerschaften, partnerschaftlichen Kontakte und Aktivitäten pflegt das Land derzeit mit Regionen und Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union?
2. In welchem Umfang sind die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz im Rahmen von Partnerschaften, partnerschaftlichen Kontakten und Austausch mit anderen Regionen nach Kenntnis der Landesregierung aktiv?
3. Wie unterstützt das Land Partnerschaften, Kontakte und den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Regionen Europas und der Welt?

17. Abgeordnete
Barbara Schleicher-
Rothmund und
Manfred Geis (SPD)

Jedem Kind seine Kunst

Vor dem Hintergrund der Neuaufnahme von 19 weiteren Kunstschaffenden und dem Beginn der dritten Runde des Landesprogramms „Jedem Kind seine Kunst“ fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Resonanz in der rheinland-pfälzischen Kunstszene auf das Programm „Jedem Kind seine Kunst“ im Hinblick auf die einzelnen künstlerischen Sparten?
2. Wie wird bei der Verteilung der Projekte auf das Land eine angemessene Vertretung des ländlichen Raums sichergestellt?
3. Auf welche Weise stellt die Landesregierung die Einhaltung von Qualitätsstandards sicher?
4. Wie viele und welche Art von Kooperationseinrichtungen nehmen an dem Programm teil?